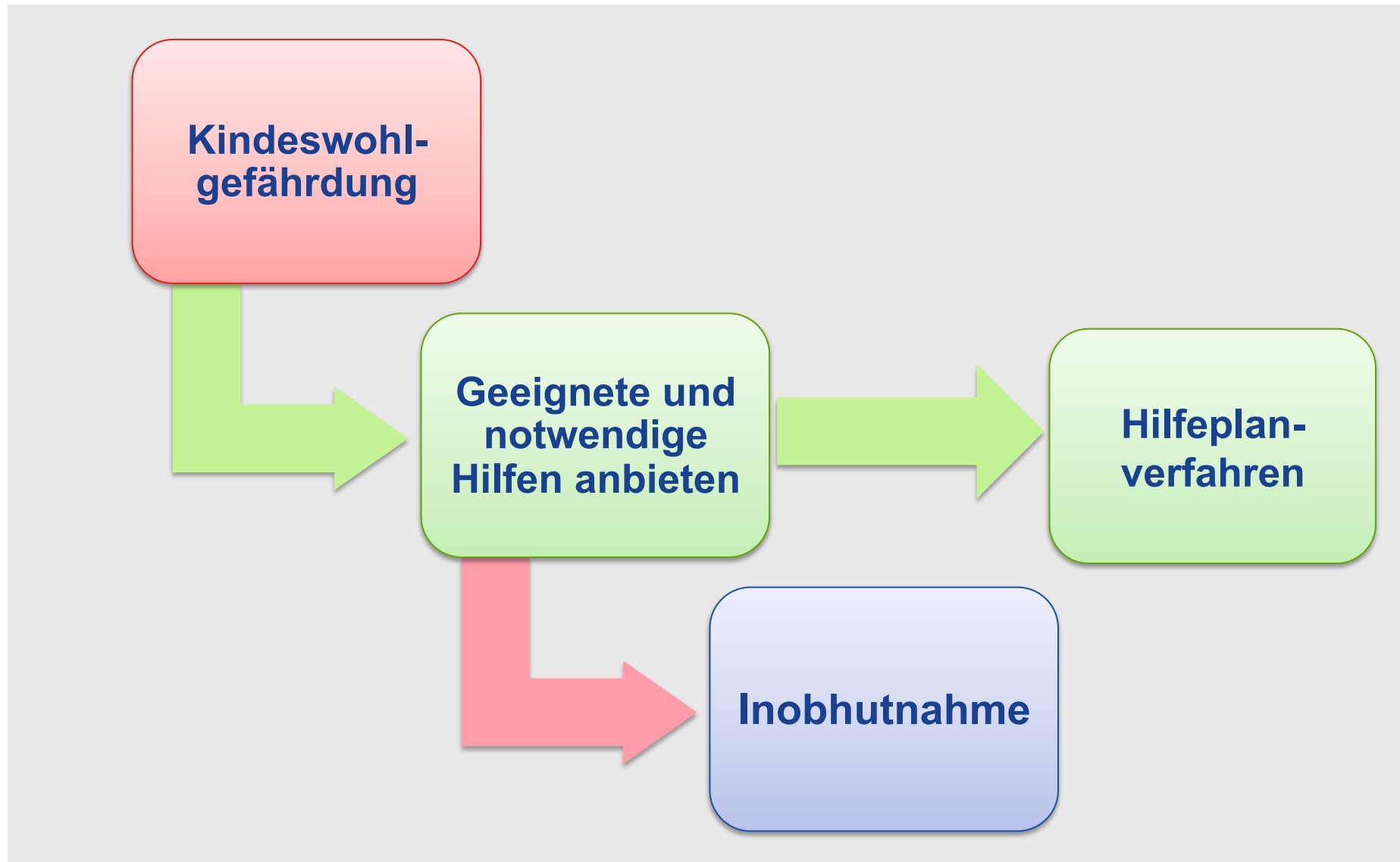


Auswirkungen von „8a-Verfahren“ auf Anschlusshilfen:

Schutzkonzepte in der Hilfeplanung ambulanter Hilfen zur Erziehung

Mike Lenkenhoff
lenkenhoff@fh-muenster.de

Handeln im Kinderschutz





Ideen & Konzepte

Schutzkonzepte in der Hilfeplanung

Eine qualitative Untersuchung zur Funktion und zur Wirkungsweise von Schutzkonzepten im Rahmen ambulanter Erziehungshilfen

Ideen und Konzepte - Band 51



Schutzkonzepte in der Hilfeplanung

Von der Diskussion des inflationär gebrauchten Begriffes „Schutzkonzepte“ zu einer Idee: Ein qualitatives Forschungsprojekt

- Es bestand **keine anerkannte Definition** des Begriffs Schutzkonzept.
- Es gab keine überörtliche Auseinandersetzung mit der Frage, bei **welchen Problemkonstellationen** Schutzkonzepte als **legitime Strategie** angesehen werden können.
- Es gab keine Diskussion dazu, in welchen **Verhältnis Schutzkonzepte zur Hilfeplanung** nach §36 SGB VIII stehen und wie sie dort angekoppelt bzw. eingebunden sind.
- Es wurden öffentlich **kaum Regeln und Verfahrensweisen** diskutiert, wie solche Schutzkonzepte zu realisieren und umzusetzen sind.
- Es gab keine Aussagen dazu, wie **Betroffene** (Eltern und Kinder) an der Festlegung solcher Schutzkonzepte zu **beteiligen** sind (vgl. §§ 8a und 36 SGB VIII).

Die Studie war ausschließlich auf **qualitative Methoden** ausgelegt (leitfadenstrukturierte Interviews und Inhaltsanalyse von Hilfe-/Schutzplänen).

An der Studie waren **sechs Jugendämter** beteiligt (Münster, Bochum, Greven, Ahlen, Kreis Coesfeld, Märkischer Kreis).

Im Rahmen der Studie wurden **15 Fälle** genauer betrachtet. Zu jeder Fallanalyse gehört

- ein Interview mit den Eltern/einem Elternteil
- eine Dokumentenanalyse der Hilfepläne
- ein Interview mit der fallführenden Fachkraft des Jugendamtes
- ein Interview mit einer zentral befassten Fachkraft des Leistungserbringers

Fallkonstellationen

Gegenstände von Schutzkonzepten:

- Versorgung der Kinder sicher stellen
- Gefahren in der Wohnung abstellen
- auf Drogenkonsum verzichten
- Auflagen zur Organisation des Familienlebens
- Auflagen gegen Dritte

Kontrollmodalitäten:

- Angekündigte Hausbesuche durch SPFH oder ASD
- Unangekündigte Hausbesuche durch SPFH oder ASD
- Ärztliche Schweigepflichtentbindungen und Drogentests
- Familienhebamme

Häufig bezogen sich **Auflagen nicht** lediglich auf die unverzichtbaren Erziehungs-, Betreuungs-, Versorgungs**mindeststandards** zur Abwendung von Gefahren.

Bei Verstößen folgten sehr **oft keine Konsequenzen**. Aufgrund dieser Diffusität von Auflagen stellt sich die Frage nach ihrer **Berechtigung**.

Ein **Schutzkonzept** enthält in der Regel drei wichtige Elemente:

→ ein **Hilfekonzept** (§ 36 SGB VIII), das dazu dient, die Erziehungssituation des Kindes oder Jugendlichen nachhaltig zu verbessern (meist mittel- bis langfristig) und gleichzeitig die Rechtsgrundlage für ein Schutzkonzept bietet.

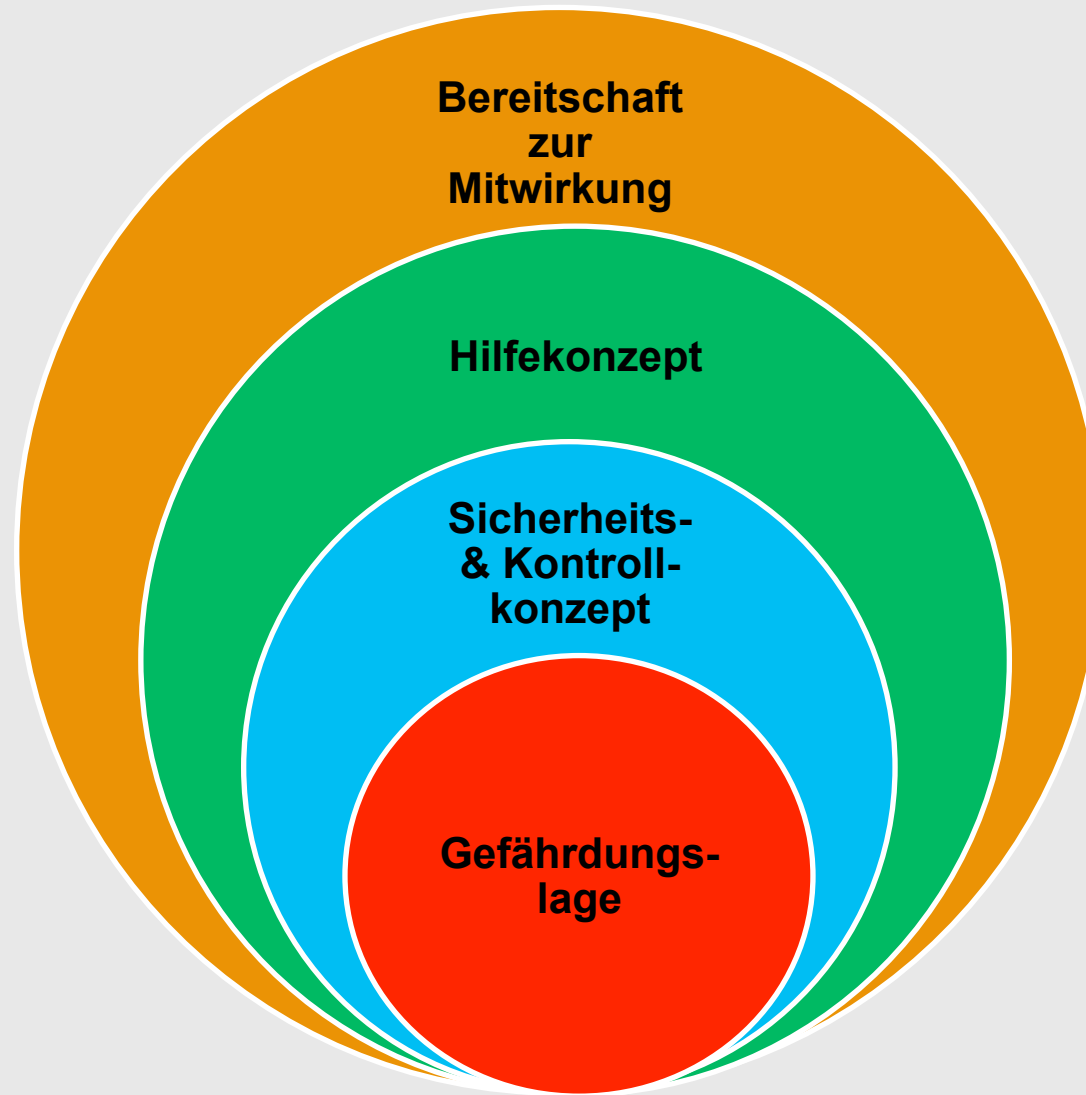
→ ein **Sicherheitskonzept** zur Sicherstellung des Kindeswohls. Es handelt sich hierbei um eine kurz- bis mittelfristige Sicherstellung des Kindeswohls, da entweder eine akute Situation dadurch unterbunden oder eine mittelfristige kindeswohlgefährdende Situation bearbeitet werden soll.

Dieses Konzept muss sich logisch und nachvollziehbar aus einer Gefährdungsanalyse ableiten lassen und sich genau auf diese Analyse beziehen. Im Sicherheitskonzept werden auf Grundlage der identifizierten Gefährdungslagen konkrete Auflagen an die Eltern formuliert, die dazu dienen, das Kindeswohl sicherzustellen.

Definition

→ ein **Kontrollkonzept**, welches sicherstellt, dass die zum Schutz des Kindes/Jugendlichen verabredeten Maßnahmen auch durchgeführt werden und im Sinne des Kinderschutzes greifen. Im Kontrollkonzept wird geregelt, wie die im Sicherheitskonzept festgelegten Gegenstände der Kontrolle (Was wird kontrolliert?) wann und von wem kontrolliert werden.

Bestandteile



Für die Umsetzung von Schutzkonzepten in den Erziehungshilfen empfiehlt die Forschungsgruppe als Qualitätsmerkmale, dass

- die Gefährdungsrisiken, auf die sich die Schutzaufgaben beziehen, konkret benannt werden sollten;
- eine gemeinsame Risiko- und Gefährdungseinschätzung von Jugendamt und Eltern (und freiem Träger) (im Sinne der §§ 8a SGB VIII und 1666 BGB) vorgenommen und eine Kongruenz der Problemsichten angestrebt wird;
- die im Schutzkonzept verankerten Auflagen sich an dem Ziel der Gefährdungsvermeidung bzw. Gefährdungsabwehr orientieren und sich damit die Kontrollaufträge auf genau definierte, abgrenzbare Bereiche beschränken;

Qualitätsrahmen für Schutzkonzepte

- die Eltern ein Mindestmaß an Bereitschaft zur Mitarbeit zeigen und sowohl die Schutzelemente als auch die Kontrollelemente des Schutzkonzeptes möglichst gemeinsam mit den Eltern geplant werden;
- die Durchführung des Schutzkonzeptes zeitlich terminiert wird und ggf. Vereinbarungen über Reduzierungen der Kontrolle im Verlauf der Hilfe getroffen werden;
- die beteiligten freien Träger ein klares und transparentes Mandat hinsichtlich ihrer Schutz- und Kontrolltätigkeit erhalten und sie sich selbst in dieser Hinsicht permanenter Kontrolle unterziehen lassen (Berichtspflichten, kollegiale Beratung/Kontrolle);

- auch die beteiligten Fachkräfte sich an der Erfüllung spezifischer Schutzaufgaben für die Kinder verbindlich beteiligen (eigene Pflichten übernehmen);
- alle Aktivitäten im Rahmen des Schutzkonzeptes strengen Begründungs- und Dokumentationspflichten unterliegen (Welche Gefährdungslage? Welche Vereinbarungen/Auflagen? Welche Kontrollmodalitäten? Welche Dauer? etc.).